

Deklaration von Salamanca von 1994

Anmerkung zur deutschen Übersetzung von Mag. Petra Flieger 1996

Bei der Übertragung englischer Fachtexte ins Deutsche ist es oft nicht einfach, für die Vielfalt englischer Begriffe geeignete deutsche Entsprechungen zu finden. Dies wird besonders am Begriff "Integration" deutlich, der für mehrere englische Begriffe mit inhaltlich unterschiedlichen Bedeutungen herangezogen werden muß. Im vorliegenden Text beinhaltet das Konzept der "Inclusion" bzw. Integration, daß sich Schulen und Schulsysteme strukturell ändern und für alle Kinder öffnen müssen, um als "inclusive" bzw. integrativ bezeichnet werden zu dürfen. Der Begriff "special needs education" kann schwer mit Heil- oder Sonderpädagogik gleichgestellt werden, da diese dem herkömmlichen, defektorientierten Denkmuster entsprechen. Integrative Schulen gehen demgegenüber von einem ganzheitlichen, am Menschen und seinen individuellen Fähigkeiten orientierten Ansatz aus, der mit "Heil" oder "Sonder" nichts zu tun hat. Daher wird im Text auf diese Begriffe verzichtet und mit der Bezeichnung "Pädagogik für besondere Bedürfnisse" gleichzeitig eine Angleichung deutscher Fachsprache an internationale Trends vorgeschlagen. Insgesamt stand für die Übersetzung im Vordergrund, einen für interessierte Leser und Leserinnen aus dem deutschen Sprachraum gut verständlichen Text zu schaffen und mit den hiesigen Verhältnissen übereinzustimmen.

Vorwort von Heinz Forcher

An der UNESCO-Weltkonferenz "Pädagogik für besondere Bedürfnisse: Zugang und Qualität", die von 7. bis 10. Juni 1994 in Salamanca in Spanien stattfand, nahmen über 300 Vertreter von 92 Regierungen und 25 internationalen Organisationen teil. Hohe Beamte aus Bildung und Verwaltung, Politiker und Spezialisten trafen mit Vertretern der Vereinten Nationen und internationaler Nichtregierungsorganisationen zusammen. Diese Konferenz nahm in ihrer Schlusssitzung die Salamanca Erklärung und den Aktionsrahmen an, die einen weltweiten Konsensus zur schulischen Integration von Kindern und Jugendlichen mit Behinderung darstellen. Zur Durchsetzung der darin enthaltenen Grundsätze und Empfehlungen bedarf es noch großer gemeinsamer Anstrengungen von Eltern, LehrerInnen und allen PolitikerInnen. Es geht schließlich darum, einen grundlegenden Paradigmenwechsel hin zu einer Gesellschaft umzusetzen, die alle in ihrer Verschiedenartigkeit schätzt und willkommen heißt. Solche Veränderungen passieren erst in den Köpfen und dann vor allem durch konkrete Erfahrungen, wie sie gerade in der Schule gesammelt werden. Wer im Kindergarten und auf allen Schulstufen gelernt hat, andere so zu akzeptieren, wie sie sind, Menschen und nicht Defekte zu sehen, der wird auch später keine aussondernden Vorurteile haben und somit eine tolerantere Gesellschaft prägen.

Mit der 15. Novelle zum Schulorganisationsgesetz wurde in Österreich ein erster wichtiger Schritt zur Verankerung des Rechts auf Integration getan. Eltern behinderter Kinder haben nun den gesetzlichen Anspruch auf schulische Integration im Grundschulbereich. Nun steht der nächste Schritt an: die rechtliche Verankerung des integrativen Unterrichts behinderter und nichtbehinderter Kinder auf der Sekundarstufe.

Das vorliegende Dokument kann uns dabei behilflich sein. Es empfiehlt internationale Richtlinien zur Entwicklung integrativer Schulsysteme, schlägt konkrete Maßnahmen für Veränderungen auf staatlicher sowie auf Schul- und Gemeindeebene vor und skizziert nicht zuletzt die Grundideen einer zukunftsorientierten integrativen Pädagogik.

Richtungsweisend dabei ist, dass im Salamanca Dokument wiederholt die Zusammenarbeit mit sowie die Beratungsfunktion von Eltern- und Betroffenenorganisation bei politischen Entscheidungen betont wird.

Mögen alle LeserInnen versuchen, diese Vorschläge in ihrem Wirkungsbereich in die Tat umzusetzen.

Vorwort zur englischen Ausgabe

Über 300 Teilnehmer und Teilnehmerinnen, die 92 Regierungen und 25 internationale Organisationen repräsentierten, trafen sich von 7. -10. Juni 1994 in Salamanca, Spanien, um das Ziel "Bildung für Alle" unterstützen. Es wurden grundlegende politische Änderungen, die erforderlich sind, um integrative Pädagogik zu fördern, besprochen. Schulen sollen darin unterstützt werden, allen Kindern gerecht zu werden, vor allem jenen mit besonderen pädagogischen Bedürfnissen. Organisiert wurde die Konferenz von der spanischen Regierung in Zusammenarbeit mit der UNESCO. Sie brachte höhere Erziehungs- und Verwaltungsbeamte, Politiker und Spezialisten zusammen mit Vertretern der Vereinten Nationen und Speziellen Behörden, anderen internationalen Regierungsorganisationen, sowie nichtstaatlichen und Spenderorganisationen. Die Konferenz nahm die Salamanca Erklärung über Prinzipien, Politik und Praxis in der Pädagogik für besondere Bedürfnisse und einen Aktionsrahmen an. Diese Dokumente sind getragen vom Prinzip der Integration, von der Erkenntnis, daß es notwendig ist, auf eine "Schule für alle" hinzuarbeiten - also auf Einrichtungen, die alle aufnehmen, die Unterschiede schätzen, das Lernen unterstützen und auf individuelle Bedürfnisse eingehen. Solche Schulen stellen einen wichtigen Beitrag im Erreichen des Ziels "Bildung für Alle" und in der Steigerung der Effektivität von Schulen dar.

Die Pädagogik für besondere Bedürfnisse - ein wichtiges Thema für Länder im Norden wie im Süden - kann sich nicht in Isolation weiterentwickeln. Sie muß Teil einer allgemeinen pädagogischen Strategie sein und wohl auch einer neuen sozialen und wirtschaftlichen Politik. Sie fordert nach großen Reformen in der herkömmlichen Schule.

Diese Dokumente stellen einen weltweiten Konsens über zukünftige Richtungen der Pädagogik für besondere Bedürfnisse dar. Die UNESCO ist stolz darauf, mit dieser Konferenz und ihren wichtigen Schlußfolgerungen in Verbindung zu stehen. Alle, die irgendwie davon betroffen sind, müssen sich der Herausforderung stellen und dafür arbeiten, damit gewährleistet ist, daß Bildung für alle wirklich FÜR ALLE bedeutet. Vor allem für jene, die besonders verletzlich und bedürftig sind. Die Zukunft ist nicht schicksalsgegeben, wir können sie durch unsere Werte, Gedanken und Handlungen gestalten. Unser Erfolg in den Jahren vor uns hängt nicht so sehr davon ab, was wir tun, sondern viel mehr davon, was wir erreichen.

Ich hoffe, daß alle Leser und Leserinnen dieses Dokuments helfen werden, die Empfehlungen der Konferenz in Salamanca umzusetzen, indem sie sich bemühen, die Inhalte innerhalb ihres jeweiligen Verantwortungsbereichs zu realisieren.

Federico Mayor

Die Salamanca Erklärung über Prinzipien, Politik und Praxis der Pädagogik für besondere Bedürfnisse

Mit der Bekräftigung des Rechts jedes Menschen auf Bildung, wie es in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948 verankert ist, und mit der Erneuerung des Versprechens der Weltgemeinschaft auf der Weltkonferenz 1990 "Bildung für Alle", daß dieses Recht unabhängig von individuellen Unterschieden zu sichern ist,

Mit dem Hinweis auf mehrere Deklarationen der Vereinten Nationen, die in den Standardregeln der Vereinten Nationen von 1993 zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung gipfeln, durch die Staaten dazu aufgefordert werden, sicherzustellen, daß die Erziehung von Personen mit Behinderung ein unerläßlicher Bestandteil des Schulsystems sein soll,

Mit der wohlwollenden Erkenntnis, daß sich Regierungen, Interessenvertreter, Gemeinden und Elterngruppen sowie im besonderen Organisationen von Menschen mit Behinderung dafür einsetzen, daß der Zugang zu Bildung für jene mit besonderen Bedürfnissen erleichtert wird, die immer noch nicht erfaßt sind; *in Anerkennung* der aktiven Teilnahme hochrangiger Repräsentanten vieler Regierungen, spezialisierter Ämter und zwischenstaatlicher Organisationen an dieser Weltkonferenz als Beleg für dieses Engagement,

1. Bekräftigen wir, die Delegierten zur Weltkonferenz über die Pädagogik für besondere Bedürfnisse, die 92 Regierungen und 25 internationale Organisationen vertreten und hier in Salamanca, Spanien, von 7.-10. Juni 1994 versammelt sind, hiermit unsere Verpflichtung zur Bildung für Alle. Wir anerkennen die Notwendigkeit und Dringlichkeit, Kinder, Jugendliche und Erwachsene mit besonderen Förderbedürfnissen innerhalb des Regelschulwesens zu unterrichten. Außerdem befürworten wir hiermit den Aktionsrahmen zur Pädagogik für besondere Bedürfnisse. Mögen Regierungen und Organisationen von der Gesinnung seiner Bestimmungen und Empfehlungen geleitet sein.

2. Wir glauben und erklären,

- daß jedes Kind ein grundsätzliches Recht auf Bildung hat und daß ihm die Möglichkeit gegeben werden muß, ein akzeptables Lernniveau zu erreichen und zu erhalten,
- daß jedes Kind einmalige Eigenschaften, Interessen, Fähigkeiten und Lernbedürfnisse hat,
- daß Schulsysteme entworfen und Lernprogramme eingerichtet werden sollten, die dieser Vielfalt an Eigenschaften und Bedürfnissen Rechnung tragen,
- daß jene mit besonderen Bedürfnissen Zugang zu regulären Schulen haben müssen, die sie mit einer kindzentrierten Pädagogik, die ihren Bedürfnissen gerecht werden kann, aufnehmen sollten,
- daß Regelschulen mit dieser integrativen Orientierung das beste Mittel sind, um diskriminierende Haltungen zu bekämpfen, um Gemeinschaften zu schaffen, die alle willkommen heißen, um eine integrierende Gesellschaft aufzubauen und um Bildung für Alle zu erreichen; darüber hinaus gewährleisten integrative Schulen eine effektive Bildung für den Großteil aller Kinder und erhöhen die Effizienz sowie schließlich das Kosten-Nutzen-Verhältnis des gesamten Schulsystems.

3. Wir fordern alle Regierungen auf und legen ihnen nahe:

- höchstes Augenmerk und Priorität auf die Verbesserung ihrer Schulsysteme dahingehend zu richten, daß diese alle Kinder unabhängig von ihren individuellen Schwierigkeiten einbeziehen können,
- auf Gesetzes- bzw. politischer Ebene das Prinzip integrativer Pädagogik anzuerkennen und alle Kinder in Regelschulen aufzunehmen, außer es gibt zwingende Gründe, dies nicht zu tun,
- Pilotprojekte zu entwickeln und den Austausch mit anderen Ländern, die Erfahrung mit integrativen Schulen haben, zu ermutigen,
- dezentrale Strukturen zu entwickeln, die Mitwirkung ermöglichen und mit denen die pädagogische Betreuung von Kindern mit besonderen Bedürfnissen geplant, beobachtet und beurteilt werden kann,
- die Beteiligung von Eltern, Gemeinschaften und Organisationen von Menschen mit Behinderung an Planungs- und Entscheidungsprozessen in bezug auf Maßnahmen für besondere Bedürfnisse zu ermutigen und zu ermöglichen,
- größere Anstrengungen für Früherkennung und -förderung sowie für berufliche Aspekte integrativer Bildung zu unternehmen,
- im Zusammenhang mit systemischen Veränderungen sicherzustellen, daß in der LehrerInnenbildung, sowohl der Aus- als auch der Fortbildung, Inhalte einer Pädagogik für besondere Bedürfnisse in integrativen Schulen angesprochen werden.

4. Wir fordern die internationale Gemeinschaft auf; im besonderen appellieren wir an:

- Regierungen mit Programmen zur internationalen Zusammenarbeit und internationalen Finanzierungsstellen, im besonderen die Sponsoren der Weltkonferenz für "Bildung für Alle", die Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO), den Kinderfonds der Vereinten Nationen (UNICEF), das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) sowie die Weltbank:
- den Ansatz integrativer Schulen zu befürworten und die Entwicklung einer Pädagogik für besondere Bedürfnisse als einen unerläßlichen Bestandteil aller Bildungsprogramme zu unterstützen;
- die Vereinten Nationen und ihre speziellen Vertretungen, im besonderen die Internationale Arbeitsorganisation (ILO), die Weltgesundheitsorganisation (WHO), die UNESCO und die UNICEF:
- ihre Beiträge zur technischen Zusammenarbeit zu verstärken; ebenso ihre Zusammenarbeit und netzwerkorientierte Arbeit zu bekräftigen, um eine effektivere Unterstützung bei der erweiterten und integrierten Bereitstellung besonderer Fördermaßnahmen zu erreichen;
- nichtstaatliche Organisationen, die mit Programmen und Dienstleistungen auf Länderebene befaßt sind:
- ihre Zusammenarbeit mit den offiziellen staatlichen Stellen zu verstärken und ihre wachsende Beteiligung an Planung, Einführung und Beurteilung integrativer Maßnahmen für besondere pädagogische Bedürfnisse zu intensivieren;
- die UNESCO, als Vertretung der Vereinten Nationen für Pädagogik:
- sicher zu stellen, daß die Pädagogik für besondere Bedürfnisse einen Teil jeder Diskussion darstellt, die in verschiedenen Gremien Bildung für alle behandelt,
- die Unterstützung durch Lehrer- und Lehrerinnenorganisationen insofern zu mobilisieren, als LehrerInnenbildung in bezug auf die Förderung besonderer Bedürfnisse erweitert werden soll,
- die akademische Gemeinschaft zur Forschung und zur netzwerkorientierten Arbeit anzuregen sowie regionale Zentren für Information und Dokumentation einzurichten; außerdem als Koordinationsstelle für solche Aktivitäten zu dienen und für die Verbreitung spezieller Ergebnisse und Fortschritte, die auf Länderebene als Folge dieser Erklärung erreicht wurden, zu sorgen;

- bei der Gestaltung des nächsten mittelfristigen Plans (1996-2002) im Rahmen eines erweitertes Programms für integrative Schulen und für Programme, die Gemeindeunterstützung zum Inhalt haben, finanzielle Mittel zu schaffen. Dies würde die Durchführung von Pilotprojekten ermöglichen, die neue Ansätze zur Verbreitung vorzeigen; Kriterien zu entwickeln in bezug auf das Bedürfnis nach und die Bereitstellung von besonderen Fördermaßnahmen.

5. Schließlich sprechen wir der spanischen Regierung und der UNESCO unsere Wertschätzung für die Organisation der Konferenz aus, und wir bitten sie dringend, keinen Aufwand zu scheuen, diese Erklärung und den begleitenden Aktionsrahmen der Aufmerksamkeit der Weltgemeinschaft nahezubringen, besonders bei so wichtigen Versammlungen wie dem Weltgipfel für Soziale Entwicklung (Kopenhagen, 1995) und der Weltfrauenkonferenz (Beijing, 1995).

Durch Abstimmung angenommen in Salamanca, Spanien, am 10. Juni 1994.